

Berlin.

Donnerstag, 2. April.

National-Zeitung.

Belegungen nehmen alle Postämter des n. Auslandes an; f. Berlin B. Exped. No. 11. In France: die Postzeitung.

Inhalt.

Deutschland. Berlin: aus dem Herren- und Abgeordnetenhaus... Österreichischer Kaiserstaat. Wien: aus Ungarn; über die diplomatische Verbindung mit Serbien; Erneuerung der Freirecht. Paris: die neuerbter Konferenz; Tagesbericht. Großbritannien. London: Wahlen und Wahlrecht. Dänemark. Kopenhagen: Standinvalische; Graf Niemannsenge in Frankfurt; das Freiheitshospital. Österreich. Wien: über Landpost. Berliner Nachrichten. Provinzial-Zeitung.

Deutschland.

Berlin, 2. April. In der Finanz-Kommission des Herrenhauses wurde zu dem (in Nr. 137 der Nat.-Ztg. mitgetheilten) Berichte des Handelsministers über den Fortgang des Baues der Staatsbahnen im Jahre 1856 der Antrag gestellt, die Kommission solle beschließen, sie glaube die Uebersichtungen der Voranschläge nicht ganz unerschöpfend lassen zu dürfen, da dieselben wenigstens theilweise vorzulegen waren. Der Antrag ist aber mit 7 gegen 5 Stimmen abgelehnt, und die Kommission befragt ohne jedes Moment die Vorlage für erledigt zu erachten.

Das Herrenhaus wird am Freitag Mittags 2 Uhr seine nächste und letzte Plenarsitzung vor dem Dinersse halten (nicht Donnerstag, wie in der vorigen Sitzung bestimmt war).

In der Sitzung der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses vom 31. v. Mts. wurden die Berichte über den ersten und zweiten Theil des Etats des Kriegsministeriums und der Schlüsselricht verlesen und genehmigt, und dann folgender Antrag eingebracht: Bei dem hohen Preise zu beantragen, dasselbe solle sich damit einverstanden erklären, daß nur in dem ersten Jahre jeder neuen Legislaturperiode dem Staatshaushalt-Etat die dazu gehörigen Anlagen in der bisherigen Vollständigkeit und Ausführlichkeit beigestellt, dagegen in dem zweiten und dritten Jahre jeder Legislaturperiode diese Anlagen in der Regel auf die Haupt-Theile der einzelnen Verwaltungszweige mit ausführlicher Erläuterung und Begründung aller gegen den vorigen Etat eingetretenen Veränderungen beschränkt werden. — Der Regierungskommissarius erklärte sich mit diesem Antrage einverstanden, die Beschlußnahme über denselben wurde jedoch auf die nächste Sitzung vertagt.

Die Budget-Kommission des Abgeordnetenhauses hat ihren Bericht über die allgemeine Rechnung des Staatshaushalts im Jahre 1854 erstattet. Gegen die Form der Rechnungslegung wurde keine Einwendung erhoben, wohl aber gab die Mitwirkung der Ober-Rechnungskammer bei der Revision der Rechnungen zu Verhandlungen und zur Wiederannahme der im vorigen Jahre gestellten Anträge Veranlassung: 1) das Haus wolle wiederholt die dringende Erwartung ausdrücken, daß ein Entwurf zu dem im Artikel 104 der Verfassungsurkunde vorgesehenen besonderen Gesetze über die Einrichtung und die Befugnisse der Ober-Rechnungskammer vorgelegt werden und 2) das Haus wolle die Erwartung ausdrücken, daß die nächste allgemeine Rechnung des Staatshaushalts in Gemäßheit des Artikel 104 dem Landtage mit den darin gebachten Verurtheilungen der Ober-Rechnungskammer werde vorgelegt werden. Bei der Abstimmung wurde der erstere Antrag mit 12 gegen 7 Stimmen und der zweite mit 16 gegen 3 Stimmen angenommen.

Die Haupt-Ergebnisse der Rechnung für 1854 sind folgende: An Gesammt-Einnahme wies dieselbe nach: 1) die ordentliche Einnahme des Jahres 1854 aus den verschiedenen Verwaltungszweigen mit 98,383,012 Thlr. 28 Sgr. 8 Pf., 2) den nach der Rechnungsartikeln für das Jahr 1853 verbleibenden disponiblen Bestand aus früheren Jahren mit 2,380,748 Thlr. 8) Rücklagen aus dem Jahre 1852 und zum 2,465,889 Thlr. 24 Sgr. 10 Pf., 4) Einnahme aus der Rest-Berwaltung für 1853 15,454,084 Thlr. 10 Sgr. 6 Pf., und 5) außerordentliche Einnahmen für besondere Zwecke: a) Rentenablosungskapitalien und Rück-Einnahmen für den Fonds zur unversicherten Schuld 1,043,688 Thlr. 6 Sgr. 7 Pf.; b) Ertrag der ersten Hälfte des Credits von 30 Millionen zur Deckung des außerordentlichen Ueberschusses der Militärbewaltung 13,950,000 Thlr. 14,563,688 Thlr. 6 Sgr. 7 Pf., in Summa 139,677,389 Thlr. 8 Sgr. 7 Pf. An Rest-Einnahmen sind nach einigem 11,252,109 Thlr. 10 Sgr. 4 Pf. Summa totalis 145,302,492 Thlr. 18 Sgr. 11 Pf. Die Gesammt-Ausgabe beträgt 1) an ordentlichen Ausgaben des Jahres 1854: 106,386,949 Thlr. 3 Sgr., 2) an einmaligen und außerordentlichen Ausgaben desselben Jahres 6,328,303 Thlr. 29 Sgr. 10 Pf., 3) an Rücklagen aus dem Jahre 1852 und zum 747,686 Thlr. 25 Sgr. 2 Pf., 4) an Rücklagen aus dem Jahre 1853: 3,586,502 Thlr. 27 Sgr., in Summa: 116,989,442 Thlr. 25 Sgr. 4 Pf. Zur Veranschaulichung der vertheilten Ausgabe-Reihe sind ebenfalls 10,312,521 Thlr. 9 Sgr. 7 Pf. Summa totalis 127,301,963 Thlr. 4 Sgr. 11 Pf.

Die Gesammt-Einnahmen mit Ausschluß der Einnahme-Reihe betragen 133,677,388 Thlr. 8 Sgr. 7 Pf. Die Gesammt-Ausgaben belaufen sich ohne Berücksichtigung der Rest-Einnahmen auf 116,989,442 Thlr. 25 Sgr. 4 Pf. Es bleibt mithin ein Bestand von 16,687,946 Thlr. 13 Sgr. 3 Pf., dessen Mithilft ein Teil der Ober-Rechnungskammer beschlagnahmt worden ist. Von dem Bestande gehören aber dem außerordentlichen Credit von 30 Millionen für die außerordentlichen Bedürfnisse der Militärbewaltung, der mit 13,950,000 Thlr. realisiert ist, 10,312,521 Thlr. 9 Sgr. 7 Pf., so daß als Bestand der allgemeinen Kassenverwaltung nur 6,410,918 Thlr. 25 Sgr. 4 Pf. übrig bleiben. Die Ausgabe-Reihe betragen 10,312,521 Thlr. 9 Sgr. 7 Pf., wovon 673,752 Thlr. aus dem außerordentlichen Credit der Militärbewaltung zu bestreiten, so daß 9,638,772 Thlr. 9 Sgr. 7 Pf. Militärbewaltung dem Bestande der allgemeinen Kassenverwaltung zur Last fallen. Zu bestreiten ist 9,638,772 Thlr. 9 Sgr. 7 Pf., beträgt, so ergibt sich ein Ueberschuss, der 2,111 von 3,227,868 Thlr. 14 Sgr. 3 Pf. Das Defizit von 3,227,868 Thlr. fällt jedoch nicht der Verwaltung des Jahres 1854 allein zur Last, sondern hat zum Theil darin seinen Grund, daß bei Auflösung des Etats pro 1854 auf einen größeren Bestand aus dem Jahre 1853 zur Deckung der Ausgaben des Jahres 1854 gerechnet wurde, als sich derselbe am Schluß des Jahres 1853 ergeben hat, und daß ferner aus dem Besten der Jahre 1853 et retro nicht ein so hoher Betrag eingegangen ist, als nach Abschreibung des Etats-Solls pro 1854 aus dem Rest-Berwaltung pro 1853 und 1852 et retro dadurch die Einnahme-Reihe des Jahres 1854 vollständig gedeckt werden. Wenn man sich die Einnahmen und Ausgaben des Jahres 1854 allein ohne Rücksicht auf den verbleibenden Bestand und die Ergebnisse der Rest-Berwaltung pro 1853 und 1852 et retro betrachtet, so ergibt die Vergleichung mit dem Etat, daß die Rest-Einnahmen des Jahres 1854 die Rest-Einnahmen um 1,767,901 Thlr. 12 Sgr. 10 Pf. übersteigen.

An die weitern speziellen Verhandlungen wurden die Anträge auf Genehmigung 1) der für Rechnung des besonderen Credits der Militärbewaltung im Jahre 1854 gemachten außerordentlichen Ausgaben zum Betrage von 4,350,725 Thlr. 13 Sgr. 2 Pf. 2) Der Rest-Einnahme von 11,000 Thalern zur Veranschaulichung der Werte am Kassen-Schlusse, 3) der zu Bundeszwecken,

an Vorschüssen zur Vertheidigung der Obertheile und zum Ankauf von Privatländereien an der Jabe gemachten außerordentlichen Ausgaben zum Betrage von 299,421 Thlr. 18 Sgr. 6 Pf. genehmigt. Die Etatsüberschreitungen und Mehrangaben des Jahres 1854 betragen gegen den Etat, 1) bei den dauernden etatsmäßigen Ausgaben 8,739,713 Thlr. 16 Sgr. 10 Pf. und 2) bei den einmaligen und außerordentlichen Ausgaben 326,513 Thlr. 29 Sgr. 6 Pf. in Summa 9,066,227 Thlr. 17 Sgr. 6 Pf. Der nachträgliche Genehmigung beantragt wird. Hiermit soll das Haus die allgemeine Rechnung für das Jahr 1854 als richtig anerkennen und der Staats-Regierung der Charge erteilen.

Ein zweiter Bericht liegt dem Hause über den Gesetzentwurf, das eheliche Güterrecht in der Provinz Westfalen und den Kreisen Rees und Duisburg betreffend, vor. Mit 8 gegen 4 Stimmen wird dessen Annahme empfohlen.

Frankfurt a. M., 1. April. Morgen findet eine Bundestags-Sitzung statt, in welcher sich die hohe Versammlung über die Dauer der Osterferien vertragen wird. Der bairische Gesandte, Herr v. Salow, gab am vergangenen Samstag einen glänzenden Reue, wohl das letzte diplomatische Dinner in der eben geschlossenen Winteraison. — Dr. Fellner, der jüngere Bürgermeister unserer Stadt, zu der Zollstation deputirt, ist von Berlin, und Hr. Dr. Müller, diesseitiger Bevollmächtigter der Handelskammer, von Nürnberg zu uns zurückgekehrt. — Unser Senat hat in Aussicht, die Stadt mit elektrischen Uhren zu versehen. — Heute hat die Ostermesse ihren Anfang genommen. Lebensmittel sind in solcher Menge eingeflossen, daß die zur Aufbewahrung derselben bestimmten großen Räume der Lederhalle nicht ausreichen.

Mus Baden, 28. März. Ein mehr als bloß pilantler Prekambregelungsfall giebt viel zu reden und noch mehr zu denken. Die zu Karlsruhe erscheinende konservativ, aber nicht (wie die Karlsruhe' Zeig.) offiziöse „Badische Landeszeitung“ wurde nämlich unter Anbrechung der Konfessionenentscheidung amtlich vernarrt. Das Vergehen bestand darin, daß das genannte Blatt, indem es von einem allgemeinen Stadtgespräch Notiz nahm, einem Obersten vom Generalmajor avanciren ließ, der noch heute Oberst ist. Die amtliche Verwarnung erfolgte, wie man der „Deutschen Allg. Ztg.“ schreibt, auf Grund des §. 2, Abschnitt 2, des Bundesbeschlusses vom 6. Juli 1854, also lautet: „Die Einziehung der Konfession im Falle des Mißbrauchs des Gewerbetriebs kann nicht nur in Folge gerichtlicher Verurtheilung, sondern auch auf administrativen Wege erfolgen, auf letztem jedoch nur dann, wenn nach vorausgegangener wiederholter schriftlicher Verwarnung oder nach erfolgter gerichtlicher Befragung die vorerwähnten Gewerbetreibenden ihre Beschäftigung beharrlich zur Verbreitung von Straßreden, insbesondere staatsgefährlichen Druckschriften mißbrauchen.“

Mus Sachsen, 1. April. Eine Verordnung des Finanz-Ministeriums verfügt: „Da es die günstigsten Ergebnisse bei den Staatsentnahmen gefast, daß der verlegte Ständeverammlung bei Verabfolgung des Staatsbudgets wegen Ermäßigung eines Steuererlasses auf das Jahr 1857 erteilt werden eventuellen Zusage entsprechen werde,“ mit Genehmigung des Königs den theilweisen Befehl der Aufschub der direkten Steuern des Jahres 1857.

Oesterreichischer Kaiserstaat.

Wien, 31. März. In Pesth war vor einigen Wochen eine unangenehme Scene vorgefallen, es ließ sich nämlich der dortige Bürgermeister eine Ausrufung entschließen, wodurch sich die Magnaten des Landes beleidigt halten mußten. Um den Konflikt zu beenden, ertheilte die Regierung dem befristigten Funktionär einen einjährigen Urlaub. Der Umstand, daß die Ausfuhr von Naturprodukten in Ungarn in Etodung geriet, hat Klagen des Grundbesitzes veranlaßt. Freulich ist es hingegen zu vernehmen, daß Weine dort schon am Etode angefaßt und wahrhaft massenhaft nach dem Auslande verschifft werden. Hierdurch wird der entstehende Ausfall im Landesertrage hoffentlich ausgeglichen. — Der sardinische Geschäftsträger Herr Cantone de Cavaas wird dem Barchin nach erst morgen mit dem Glinze nach Triest verreisen. Herr Graf befindet sich bereits auf dem Wege nach Wien. — Zu Venedig fand vor einigen Tagen eine kleine politische Demonstration statt. Auf einer der Flaggenstangen, welche sich vor der Marktsirke befinden, war über Nacht eine kleine italienische Tricolore aufgezogen. — Sicherem Vernehmen nach finden hier Verhandlungen statt, in Folge deren das mündlich: Verfahren in Civilgerichtssachen eingeleitet werden dürfte. — Ministerialrat v. Latenbacher, der mehrere Jahre lang in Italien verwendet wurde, ist hier angekommen, um in den Resort des Ministeriums des Innern zurückzutreten.

Wien, 1. April. Die neueste Oesterreichische Korrespondenz schreibt: Der königl. sardinische Geschäftsträger zu Wien, Herr Marchese Cantone, hat gestern dem Herrn Minister der auswärtigen Angelegenheiten die Mitteilung gemacht, daß er in Folge der dem Herrn Grafen Pava zugegangenen Zeitung, Turin zu verlassen, durch Befehl seiner Regierung ebenfalls zurückzuerufen sei. Gleichwie die l. k. Regierung bei der Abberufung der kais. Legation von Turin ihre Willensmeinung zu erkennen gab, die Verhältnisse der nach den österreichischen Staaten reisenden oder beschliff sich aufhaltenden sardinischen Unterthanen durch die anderwärts abgegangene Nachricht nicht beschleunigen zu wollen, so hat man auch die königl. sardinische Regierung ihr Einverständnis mit dem Grundsatze ausgesprochen, daß der Abbruch der diplomatischen Verbindungen dem Verleth österreichischer Unterthanen mit Sardinien und den Rechtverhältnissen derselben in keiner Weise zum Nachtheile gereichen solle. In der erwähnten amtlichen Mitteilung ist auf die österreichischen Beschwerden gegen Sardinien nicht eingegangen. Die l. k. Regierung wird unter den gegebenen Umständen die Ergebnisse weiser Wahrnehmungen erwarten, aus denen sich herausstellen möge, ob die königl. sardinische Regierung sich fortan eines besseren nachbarlichen Verhältnisses beschließen, oder ob sie zu den bestehenden Verhältnissen noch neue veranlassen wird. — Die „Wiener Ztg.“ meldet amtlich die Ernennung des Feldzeugmeisters Franz Graf Wimpffen definitiv zum Kommandanten der ersten Armee und der Befehlungen des Kommandanten des vierten Armeekorps, Feldmarschall-Lieutenant Eduard Fürst Dieckstein, als Kommandant um zweiten Armeekorps, und des Kommandanten des zweiten Armeekorps, Feldmarschall-Lieutenant Ludwig Ritter v. Benedek, als Kommandant zum vierten Armeekorps.

Frankreich.

Paris, 30. März. Die Neuenburger Konferenz

hat heute die fünfte Sitzung gehalten. Es ist über ihren Verlauf nichts Näheres bekannt, aber so viel gewiß, daß sie noch nicht die letzte gewesen. Der österreichische Bundesrath hat in einigen Punkten die preussischen Vorschläge angenommen, gegen andere jedoch Widerpruch eingelegt, und man glaubt, daß eine neue Konferenz nicht vor Ende dieser Woche stattfinden wird. Das „Journal des Debats“ bekräftigt jedoch, daß im Grunde nur Eine Hauptschwierigkeit vorhanden ist und daß diese lediglich in der Geldfrage liegt. Der österreichische Bundesrath habe sich gegen die Forderung einer Aufschubung von 2 Mill. Fred. erklärt und dabei auf die bedeutenden Ausgaben hingewiesen, welche die Schweiz eben in Folge der Septemberebewegung an Kosten für den Unterhalt der Dispositionstruppen u. s. w. zu tragen habe. Jedenfalls hält man diese Schwierigkeit nicht für unübersteiglich. — Das „Voss“ bekräftigt sich mit Belandung der Thatfache, daß Napoleon III. der Schiedsrichter Europa's geworden ist; es giebt eine Uebersicht aller seiner Verdienste seit dem Friedensschlusse und bekräftigt dabei, daß Dänemark, das es den traditionellen Verbündeten Frankreichs nennt, den Bestand des Kaisers in seinem Streite mit den deutschen Mächten angezweifelt habe. — Der Fürst Carini, früher neapolitanischer Gesandter in London, war einige Tage in Familienangelegenheiten in Paris, wo seine Schwiegermutter vor Kurzem gestorben ist; er hat jedoch weder mit dem Kaiser noch mit dem Grafen Balowick eine Unterredung gehabt und die offiziellen Anknüpfungen, die man von Seiten Kapels in Aussicht stellte, scheinen noch immer verlegt zu sein.

Der „Monitor“ enthält einen Bericht des Kriegsministers nebst einem dazu gehörigen Decrete, die Errichtung einer arabisch-französischen Schule in Algier betreffend. Es sollen nur Söhne von Eingeborenen zugelassen werden, und zwar bis zu einer Zahl von 150 Schülern, welche ganz oder theilweise auf Kosten des Staats in dem Schulgebäude unterhalten werden. Knaben von franz. Abkunft oder jungen Eingeborenen, welche nicht Pensionäre sind, wird übrigens gestattet, den Besuchen beizuwohnen. Ein Jman ist mit dem mohamedanischen Religionsunterrichte beauftragt. Bekanntlich bekräftigt sich die hiesige Presse seit längerer Zeit mit der sogenannten Kantonierung der Araber und es ist diese namentlich von „Constitutionnel“ bekräftigt worden. Das „Siecle“ giebt einen langen Artikel aus einem Provinzialblatt „das afrikanische Centrum“ wieder, welches sich mit großer Heftigkeit gegen dieses System ausspricht, weil es nichts Anderes als eine gründliche Veranbarung der Eingeborenen sei und, flact eine Annäherung zwischen der europäischen und afrikanischen Rasse herbeiführen, nur den Gegensatz zwischen beiden schärfe. — Nach einer telegraphischen Nachricht aus Marseille trifft man in Toulon Vorbereitungen zur Verhärkung der Flottenstationen in China und Mexico. — Wie das „Voss“ berichtet, hat der König von Siam einen Gesandten in angereicherter Mission nach Frankreich und England abgeschickt; derselbe wird im Monat Mai ankommen.

Der „Constitutionnel“ widmet sich der Aufgabe, das Budget zu vertheidigen. Wenn dasselbe immer mehr answähle, so liege darin der erfreuliche Beweis, daß die Gesellschaft fortschreite und ihre Bedürfnisse sich mehre. Die Regierung habe daher ganz andere Pläne als früher zu tragen, um so mehr, da man jetzt auch besser regiert sein wolle. Uebrigens halte mit der Vermehrung der Ausgaben auch die Vermehrung der Einnahmen gleichen Schritt; für 1859 sei diese auf nicht weniger als 20 Millionen veranschlagt. Freulich ist noch die Frage, ob diese Veranberechnung auch zutreffen wird. Was übrigens das fortwährende Anwachsen des Budgets betrifft, so ist zu bemerken, daß es sich unter der alten Monarchie auf 500 Millionen belief, unter dem ersten Kaiserreich auf 700 Mill., unter der Restauration (auf 1000 Mill., unter Ludwig Philipp auf 1500 Mill. und jetzt auf 1717 Millionen. — Die „Patrie“ bricht eine Lanze mit dem „Journal des Debats“ wegen der Angriffe, die dies Blatt gegen die neuen Projekte in Betreff der Abtheilung gerichtet hat. Nachdem die Regierung bereits einen neuen Vertrag geschlossen, darf sie natürlich nicht jedem gestatten, ihr dies auf eigene Hand nachzutun.

Pater Ventura predigte am Sonntage in der Tuilerien-Kapelle über „die an den Höfen zu gebenden guten Beispiele.“ Es fehlten natürlich wieder die Aposrophen an den Kaiser selbst nicht, doch fiel das Ganze noch leidlicher aus, als man nach Anknüpfung des Themas gefürchtet hatte. — Wie der „Monitor“ meldet, traf die vermittelte Großherzogin von Baden, vom Kaiser am kaiserlichen Hofe empfangen, gestern Abends in Tuilerien-Palaste ein. — Die französische Akademie schreibt heute zur Wahl eines Mitgliedes an Salvandri's Stelle. Es wurde zweimal abgelehnt und schließlich Herr Emile Augier mit 19 gegen 18 Stimmen, die sein Mitbewerber Herr de Laprade erhielt, proklamirt. Für nächsten Herbst werden die „Denkwürdigkeiten Talleyrand's“ angehängelt, von denen es früher hieß, daß sie erst fünfzig Jahre nach seinem Tode erscheinen sollten.

Großbritannien.

London, 31. März. Eine große Menschenhaare war gestern in Guildhall versammelt, um das Ergebnis der City-Wahlen in amtlicher Weise verkünden zu hören. Unter den Anwesenden befanden sich Lady John Russell, die Baroness Rothschild und Alexander Dumas. Um 1 Uhr erschienen Lord J. Russell und die übrigen glücklichen Kandidaten und wurden mit lautem Beifallrufen empfangen. Nachdem Herr Wregh die Wahlergebnisse verkündigt, sprach wiederum Sir J. Dule seinen Dank aus und legte ein kurzes Glaubensbekenntnis ab. Er erklärte, er werde die Regierung Lord Palmerston's so lange unterstützen, so lange sie Maßregeln vorschläge, die eines freisinnigen Ministeriums würdig seien. Außerdem werde er für Ausdehnung des Stimmrechts, für die geheime Abstimmung und für die Emancipation der Juden zu wirken suchen, so wie sein besonderes Augenmerk auf die Wahrung der Interessen der Bürger von London richte. Nach ihm trat Baron Rothschild auf und sprach einige Worte über religiöse Freiheit. Ihm folgte Lord John Russell. Nachdem er den Wählern seinen Dank ausgesprochen, bemerkte er u. A.: „Erlauben Sie mir ein Wort über unsere Aussichten für die Zukunft. Bisher besetzte sich jeder Minister, der in den letzten Jahren am Rand war, damit zu entschuldigen — auch ich entschuldige mich damit, und Lord Palmerston thut das Gleiche und ich denke, die Entschuldigung liegt sich ganz gut anordnen — die Parteien im Hause der Gemeinen seien so gleichmäßig abgemogen, daß es schwer halte, liberale Maßregeln mit einer Majorität durchzusetzen, die hinreichend, um ihnen die Zustimmung des anderen Hauses des Parlamentes zu sichern. Wenn es nun wahr ist, wie ich glaube, daß die allgemeine Meinungen der beiden Häuser eine so große liberale Majorität geben werden,